

Antrag

der Abgeordneten Nicole Gohlke, Heidi Reichinnek, Gökay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Clara Bünger, Anke-Domscheit-Berg, Susanne Ferschl, Ates Gürpınar, Dr. André Hahn, Jan Korte, Ina Latendorf, Pascal Meiser, Cornelia Möhring, Petra Pau, Sören Pellmann, Martina Renner, Dr. Petra Sitte, Jessica Tatti, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Bildung am Limit – Ausbildungsoffensive für mehr Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Fachkräftemangel in den allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie in den Kindertagesstätten verschärft sich zunehmend und droht in einer Bildungs- und Betreuungskatastrophe zu münden. Es fehlen schon seit geraumer Zeit überall Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher. Fehlendes pädagogisches Personal wirkt sich vor allem auf die Qualität des Unterrichts, der Bildung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen und nicht zuletzt auch auf die Arbeitsbedingungen der pädagogischen Fachkräfte aus. Der Fachkräftemangel bei Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern sorgt für eine deutlich höhere Belastung der Kolleginnen und Kollegen, die dadurch häufiger Gefahr laufen physisch oder psychisch zu erkranken. Zudem verkürzen viele ihre Arbeitszeit und steigen auf Teilzeitleösungen um, um den erhöhten Stress zu reduzieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass sich die Personallücke noch mehr vergrößert. So entsteht ein Teufelskreis, der dringend durchbrochen werden muss. Sollten nicht unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, wird sich in den kommenden Jahren die Fachkräftelücke noch weiter vergrößern und die Belastung der Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher nicht mehr zu kompensieren sein.

Neuste Zahlen des renommierten Bildungswissenschaftlers Professor Klaus Klemm zeigen, dass an den Schulen bereits in drei Jahren – also im Jahr 2025 – rund 45.000 Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen fehlen werden (vgl. Klaus Klemm, Entwicklung von Lehrkräftebedarf und -angebot in Deutschland bis 2030, VBE 2022, S. 25). Für das Jahr 2030 prognostiziert er selbst bei optimistischer Berechnung sogar eine Fachkräftelücke von 81.000 Lehrerinnen und Lehrern. Damit übersteigt die Prognose des Autors die der Kultusministerkonferenz (KMK) um den Faktor sechs. Diese geht nämlich bisher von nur 13.380 fehlenden Lehrkräften bis zum Jahr 2030 aus (vgl. Klaus Klemm, Entwicklung von Lehrkräftebedarf und -angebot in Deutschland bis 2030, VBE 2022, S. 5). Offensichtlich führen fehlerhafte oder unvollständige Berechnungsgrundlagen und -parameter zu einer deutlichen Unterschätzung des tatsächlichen

Lehrkräftebedarfs seitens der KMK. Beispielsweise berücksichtigen die Länder in ihren Schätzungen teilweise nicht, dass die Zahl der Schulabsolventen ebenso wie die Zahl der Studierenden im Lehramt aktuell sinkt.

Fraglich ist auch, ob in die Vorausberechnung der KMK schulpolitische Reformmaßnahmen, die zusätzliche Lehrkräfte erfordern wie beispielsweise der Ausbau von schulischen Ganztagsangeboten, Inklusion oder die besondere Unterstützung von Schulen in benachteiligten Regionen/herausfordernden sozialen Lagen, eingeflossen sind. Will Politik diese Maßnahmen auf einem hohen qualitativen Niveau umsetzen, müssten laut Professor Klemm bis 2030 neben den 81.000 fehlenden Lehrkräften weitere 74.400 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt werden (vgl. Klaus Klemm, Entwicklung von Lehrkräftebedarf und -angebot in Deutschland bis 2030, VBE 2022, S. 22). Das bedeutet, dass der Lehrkräftemangel im Jahr 2030 bei insgesamt 155.400 Personen liegen wird. Die pandemiebedingten Schulschließungen haben gezeigt, dass Digitaltechnik hilfreich, aber nicht ausreichend ist, um die Unterrichtsversorgung im Distanz- oder Wechselmodell zu gewährleisten. Pädagogik lebt von Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden. Kein digitales Lernprogramm, kein Lernen aus der Ferne kann das vollständig ersetzen. Daher wurde die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ im Jahr 2020 um die Förderrichtlinie „Digitalisierung in der Lehrerbildung“ erweitert. Allerdings braucht es für guten Unterricht weiterhin ausreichend viele Lehrerinnen und Lehrer.

Nicht nur bei den Lehrkräften zeichnet sich ein alarmierender Fachkräftemangel ab. Auch im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung wird der Fachkräftemangel zunehmend zu einem Problem. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hatte schon im Jahr 2017 in einer Studie berechnet, dass bis zum Jahr 2025 bis zu 309.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlen werden. Dabei sind bereits die personellen Folgen einer Qualitätsoffensive durch Verbesserung der jeweiligen Personalschlüssel sowie die Tagespflegepersonen und die Ganztagsschulstellen eingeflossen (vgl. Plätze, Personal, Finanzen – der Kita-Ausbau geht weiter: Zukunftsszenarien zur Kindertages- und Grundschulbetreuung in Deutschland, Version 2-2017, DJI 2017, S. 33). Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung von August 2021 prognostiziert bis zum Jahr 2030 eine Fachkräftelücke von mehr als 230.000 Erzieherinnen und Erziehern. Die Autoren gehen davon aus, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinde ab 2026 den Personalmangel zudem noch verschärfen wird und dadurch mehr Personal benötigt wird (vgl. Mehr Plätze im Westen, mehr Qualität im Osten: Bessere Kita-Bedingungen sind möglich: Bertelsmann Stiftung (bertelsmann-stiftung.de), abgerufen am 03.02.2022). Eine Umfrage des Deutschen Kitaleitungskongresses aus dem vergangenen Jahr, welche vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) in Auftrag gegeben wurde, bestätigt den Personalmangel in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Über 40 Prozent der Kitaleitungen gaben an, dass sie rechnerisch in den vergangenen zwölf Monaten an mindestens einem Tag pro Woche ihre Aufsichtspflicht in der Kita nicht mehr gemäß gesetzlicher Vorgaben erfüllen können, weil ihnen das Personal fehle (vgl. DKLK-Studie 2021, S. 13). Die Sicherung guter Qualität frühkindlicher Bildung und Betreuung kann aber nur mit ausreichend und gut ausgebildeten Fachkräften und unter Arbeitsbedingungen gelingen, die eine gute Vor- und Nachbereitung, aber auch die Zusammenarbeit mit den Eltern ermöglichen.

Der Deutsche Bundestag ist sich einig: Politik darf den Fachkräftemangel im pädagogischen Bereich nicht zum Anlass nehmen, Geld zu sparen und die Haushalte auf Kosten guter Bildung zu sanieren. Wenn es möglich ist, ein Milliardenprogramm zur Ausstattung von Schulen mit Digitaltechnik aufzusetzen, so muss dies auch für die so wichtige Ausbildung von Lehrkräften sowie von Erzieherinnen und Erziehern gelten. Gute Bildung erfordert auch eine verlässliche öffentliche Finanzierung der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. in Absprache mit den Ländern
 - a) ein Programm zur Finanzierung zusätzlicher Lehramtsstudienplätze für alle Schulformen zu entwickeln, welches die Eigenbemühungen der Länder soweit ergänzt, bis der Lehrkräftemangel behoben ist,
 - b) ein Sonderprogramm für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern aufzulegen, bis der Erzieherinnen- und Erziehermangel behoben ist;
 2. zur Sicherstellung der Finanzierung der Ausbildung von ausreichend Lehrkräften sowie von Erzieherinnen und Erziehern unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorzulegen, durch den das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung aufgehoben wird und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung in Artikel 91b des Grundgesetzes verankert wird. Darüber hinaus soll das Kooperationsverbot in Artikel 104b des Grundgesetzes, d. h. die Beschränkung der Bundesförderung auf Bereiche, in denen der Bund Gesetzgebungskompetenz besitzt, aufgehoben werden;
 3. gemeinsam mit den Ländern
 - a) Strategien zu entwickeln, um die Abbruchquoten bei Lehramtsstudierenden sowie von Erzieherinnen und Erziehern in Ausbildung deutlich zu senken. Dazu gehört auch, die Studien- und Ausbildungsbedingungen insgesamt zu verbessern und die Qualität der Lehre zu steigern,
 - b) den Lehramtsstudierenden bundesweit in den entsprechenden Studiengängen nach einem Bachelorabschluss, auf Wunsch auch nach einer Praxisphase, einen Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz zu gewähren, um ihr Studium erfolgreich beenden zu können. Ziel ist ein grundständiges Studium, das bundesweit alle Lehramtsstudierenden zum Master bzw. Staatsexamen führt,
 - c) Maßnahmen zu ergreifen, um die Attraktivität der pädagogischen Berufe deutlich zu steigern. Dazu gehören spürbare Verbesserungen der Arbeitsbedingungen an Schulen und Kindertageseinrichtungen wie intakte Gebäude, eine gute Ausstattung von sächlichen Mitteln, kleinere Lern- und Betreuungsgruppen und vor allem eine Gleichstellung bei der Bezahlung von Lehrkräften unabhängig von Schulform und -stufe (A 13/E 13) sowie eine Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern gemäß Tarifvertrag;
 4. im Bereich der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern ordnend und gestaltend einzugreifen und auch den derzeit unterschiedlich praktizierten Quereinstieg bzw. praxisintegrierte Ausbildungen zu standardisieren. Dabei sind einheitliche Rahmenbedingungen und eine universelle Anerkennung der Abschlüsse sicherzustellen. Darüber hinaus ist es notwendig, die Ausbildung schulgeldfrei zu stellen und zu vergüten;
 5. die Kultusministerien aufzufordern, ihre Berechnungsgrundlagen und -parameter für die Vorausberechnung des pädagogischen Fachkräftebedarfs transparent offenzulegen und entsprechend anzupassen, um für eine seriöse Datengrundlage zur Steuerung der Ausbildung von Lehrkräften sowie von Erzieherinnen und Erziehern zu sorgen.

Berlin, den 15. Februar 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

